



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Brüggen, E. von der: Kornpreise und Industrie

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Kornpreise und Industrie

Von E. von der Brüggen



aus Rußland kommen Nachrichten über eine schlechte Ernte: die Kornkammern des Ostens und des Südens sind durch Nässe im vergangnen Herbst und durch Dürre im heurigen Sommer vor eine Ernte gestellt worden, die voraussehen läßt, daß von Rußland her vorläufig nur auf eine geringe Einfuhr von Brotsfrucht in die westlichen Länder gerechnet werden darf. Die Donauländer melden gleichfalls eine schlechte Ernte. Ungarns Aussichten sind ähnlich. Auch Frankreich erwartet nur eine spärliche Ernte, besonders in Weizen. Die Weizenpreise steigen insolgedessen von Tag zu Tage, zunächst in Amerika, dem Lande, woher man auf Einfuhr rechnet, und in Frankreich, dem Lande, das vor andern der Einfuhr bedarf. Wir haben vielleicht eine Teuerung vor uns gerade in dem Augenblick, wo unsre deutsche Agrarpolitik so verfahren ist wie nie zuvor. Das ist eine Lage, die zu einer Umschau auf dem wirtschaftlichen Gebiet auffordert.

Wir sind seit 1870 mit schnellen Schritten vom Agrarstaat zum Industriestaat übergegangen. Die letzte Zählung hat ergeben, daß der ackerbauende Teil unsrer Bevölkerung unter die Hälfte der Volkszahl herabgesunken ist. Wir können ohne wachsenden industriellen Export nicht mehr leben, und ebenso wenig ohne wachsenden Brotimport. Wir brauchen eine jährliche Zufuhr an Brotsfrucht für mindestens dreihundertfünfzig Millionen Mark. Dieses Bedürfnis wächst stetig, denn die Volkszahl wächst, und die Kornerzeugung wächst nicht in entsprechendem Maße. Der staatlich durch Prämien angestachelte Zuckereport erweitert den Rübenacker und verengt den Kornacker. Sechs Jahre niedergehender Kornpreise haben den Körnerbau so heruntergebracht, daß er nur noch unter besonders günstigen Bedingungen lohnt und immer mehr

durch andre Nutzung des Ackers ersetzt wird. Der Landwirt rief nach Hilfe, aber die überwiegenden Interessen der Industrie widersetzten sich erfolgreich. Der Staat meinte, die Entwicklung der Industrie und des Außenhandels müsse vor allem gefördert werden, und sei es auch auf Kosten des Ackerbaus. „Baut Gemüse, erzeugt Fleisch, Milch u. dergl. — sagten die Industriellen oder doch deren berufne oder unberufne Vertreter —, wir brauchen euer Brotkorn nicht; das holen wir uns anderswo her und bezahlen es mit unsern Fabrikaten. Verbessert eure Wirtschaft — sagten sie weiter —, indem ihr von uns besseres Gerät und Maschinen kauft, steigert eure Erträge durch künstliche Düngemittel und rationellere Ausnutzung des Landes!“ Das that auch der Landwirt, aber die Steigerung der Roherträge brachte doch keine wesentliche Steigerung der Reinerträge, denn die Kornpreise fielen und fielen. Soweit der Bauer, von Schulden wenig belastet, sein Land mit eigener Hand oder mit Hilfe von Kindern und Enkeln bestellte, konnte er sich halten; wer aber verschuldet war, wer fremde Hände bezahlen mußte, versank weiter und weiter in Schulden. Der Wucher blühte üppig auf, und das Kapital der Banken fand seinen Gewinn dabei. „Ich will geringere Zinsen von euch nehmen,“ sagte das Kapital. „Das Brot lasse ich nicht künstlich verteuern,“ sagte die Industrie. „So muß ich den Körnerbau weiter einschränken,“ antwortete der Landwirt, und viele sagten: „So muß ich zu Grunde gehen.“

Es erhob sich ein Kampf zwischen Landmann und Geldmann, der unser Volksleben aufs äußerste verbitterte. Der Ackerbauer beschuldigte den Händler, daß er ihm auf unbillige Weise den Lohn seiner Arbeit schmälere, indem er die Kornpreise durch Bedrohung mit papiernen Getreidemengen niederhalte. Er setzte es durch, daß der Staat gewaltsam den papiernen Kornhandel zu zerstören versuchte. Aber dabei wurde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, und dem Ackerbauer war nicht geholfen: man hatte den organisierten zentralen Kornmarkt von Berlin zerstört und keine ausreichende Neuordnung, wie sie der Landmann braucht, geschaffen. Der Kampf setzte sich fort, und man ist soweit gekommen, daß kürzlich der Landmann ein Verbot aller Korneinfuhr forderte, daß andererseits Gegner verlangen, der große Grundbesitz solle gewaltsam zerschlagen werden. Von den Lehren der freien wirtschaftlichen Entwicklung haben sich beide Parteien längst und völlig losgesagt; beide rufen nach staatlicher Gewalt. Wohin soll das führen? Werden auf diesem Wege nicht die Grundlagen unsers Volkslebens gelockert, wird nicht das Eigentum hier, der Handel dort im Innersten bedroht und so unser wirtschaftliches Leben der festen Rechtsstützen beraubt, die es vor den unterwühlenden Fluten des sozialdemokratischen Schlammes bewahren? Leidenschaft, Haß, Einseitigkeit überall, und sie werden auf allen möglichen Gebieten, die weder mit Ackerbau noch mit Handel oder Industrie etwas zu schaffen haben, geschürt. Es ist Zeit, sich darauf zu besinnen, daß auch in dem Kampf der wirtschaftlichen Interessen

nur mit Selbstbeschränkung, mit Kompromissen ein dauernd heilsamer Ausgleich zu erlangen ist.

In jüngerer Zeit ist das „ostelbische“ Junkertum zum Sündenbock für alles auerserhen worden, was der Landmann in diesen Kämpfen an unverständigem Eigennutz aufgewiesen hat. Die Notlage des Ackerbaus macht sich natürlich am stärksten fühlbar in den Landesteilen, die, von der Natur am meisten auf Körnerbau angewiesen, zugleich den geringsten Absatz in industriellen Städten haben. Im Osten kann der Gutsbesitzer seine großen Äcker nicht in Weinberge oder Tabakfelder verwandeln, der Bauer nur selten durch Viehwirtschaft den Kornbau ersetzen. So leidet der Osten besonders empfindlich unter Preisen, die bei seiner Hauptfrucht, dem Roggen, im Jahre 1896 bis auf 107 Mark für die Tonne, d. h. um 100 Prozent gegen frühere Jahre gefallen sind. Aber wenn der Ostelbier mit gutem Recht nach Hilfe rief, so fragt es sich doch, ob er sich auch stets an die rechte Stelle wandte, und ob seine Not nicht in mancher Beziehung durch eigne Schuld verstärkt wurde. Ist das letzte Mittel der Selbsthilfe erschöpft worden? Hat man versucht, sich mit geeinter Kraft von der Alleinherrschaft der Berliner Kornbörse zu befreien? Sind die Versuche, die man mit genossenschaftlichem Betriebe von Kornhandel und Molkerei, von Müllerei und Bäckerei unternommen hat, etwa so unbefriedigend ausgefallen, daß man schon auf Hilfe von solchen Organisationen verzichten müßte? Hat nicht vielmehr der Ende August in Dresden abgehaltene dreizehnte Vereinstag der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften das Gegenteil gezeigt? Sollte es unmöglich sein, daß aus der Bergesellschaftung der landwirtschaftlichen Gewerbe dem Ackerbau eine ähnliche Kraft erwüchse, wie sie sich Industrie und Kapital in ihren Aktiengesellschaften und Ringen längst geschafft haben? Ist der Staat nicht willig, auf diesem Boden der Landwirtschaft mit seinem Geld und seiner Macht Hilfe zu leisten?

Hat man ferner ernstlich gesucht, der Überschuldung entgegenzutreten in der Haushaltung, beim Güterkauf, durch das Bestreben, mit gemeinsamen Opfern gegen Wucher und Ausbeutung vorzugehen? Hat man angefangen einzusehen, daß die Heimat des Junkers die väterliche Scholle sein und bleiben sollte, nicht aber das Kavallerieregiment und die Garnisonstadt? Mag der Soldatenrock noch so viel Ehre bringen — er zehrt doch an der Lebenskraft des Landjunkers. Mag der Königsdienst des preussischen Junkers seit zwei Jahrhunderten noch so große Verdienste um Preußen und Deutschland gehabt haben: heute ist die Tradition, die jeden preussischen Landjunkern in die Kaserne zwingt, eine Ursache ostelbischer Landnot, die nicht viel weniger verhängnisvoll ist als die schlechten Kornpreise. Wenn die Mehrzahl der Landjunkern, die die besten Lebensjahre und ihrer Väter Geld im Dienste des Staates verthun, um endlich als Majore das väterliche Gut widerwillig und verschuldet zu übernehmen, statt dessen irgend einen Erwerb gesucht hätten, wie viele ostelbische Güter

wären heute wenig oder gar nicht verschuldet, wie viel geringer wäre dort die Not! Aber das Gelderwerben wird den Bürgerlichen, den Städtern, den Juden überlassen, und man kommt mit Schulden heim, während die andern Vermögen erwerben. Wie kann es anders sein, als daß zuletzt der Major das väterliche Gut dem Juden verkaufen muß, dem Fabrikherrn, dem Handelsherrn, der zwischen dem zwanzigsten und vierzigsten Jahre zehn- und zwanzigfach so viel verdient hat, als der Junker verzehrte? Es könnte wohl sein, daß die Not dieser Zeit die ostelbischen Herren lehrte, was der Junker anderer Länder längst erkannt hat: daß ein Landadel zu Grunde geht, wenn auch mit Ehren, der im Staatsdienst seinen vornehmsten Beruf sieht; daß der Landmann schlecht beraten ist, der es heute versäumt, seine beste Kraft und Zeit vorzugsweise erwerbender Arbeit zu widmen. Die Zeit ist vorüber, wo der Gutsherr die Bebauung des Ackers daheim dem Bauer überlassen, sich selbst und seine Söhne für das Vaterland opfern konnte. Hier ist ein Stück Mittelalter, das abzustreifen in der That den ostelbischen Herren mit mehr Recht angeraten werden könnte als manches andre, was ihnen vorgeworfen wird. Wenn man erwidert, diese preußische Tradition verleihe dem deutschen Heere in seinem Offizierkorps die Kraft, in der seine Überlegenheit über andre Heere wurzele, nun wohl, so gestehe man sich auch ein, daß, indem der Stand der Großgrundbesitzer dem Heere diese Kraft giebt, er sich selbst aus freiem Willen dem Staat und dem Reiche opfert, und man trage dieses Opfer, ohne andre dafür verantwortlich zu machen. Der ostelbische Junker schaut zu unverwandt rückwärts, und seine Gegner schauen zu wenig vorwärts.

Die Industrie fordert billige Arbeiter, billiges Brot. Je weiter der Arbeiter die Löhne steigert, umso mehr wünscht der Arbeitgeber die Preise der Nahrung herabzusetzen. Der Pfennig, um den das Brot sinkt, ist zugleich der Pfennig, um den der Brotherr die Lohnerhöhung verringert: die Interessen von Ackerbauer und Industriebesitzer sind hier einander entgegengesetzt.

Je kleiner der Grundbesitz ist, umso geringer ist die Brotmenge, die von dem Morgen des Landes zum Verkauf an den industriellen Arbeiter gelangt. Der Großgrundbesitz hat gegenüber dem Kleinbesitz das stärkere Interesse an hohen Kornpreisen. Der Großbesitz ist der stärkere Erzeuger von Handelskorn, der Großbesitz vermag auf gegebener Ackerfläche der Industrie mehr Brot zu liefern als der Kleinbesitz. Die Ackerfläche ist aber in Deutschland eine gegebene, sie läßt sich nicht mehr beträchtlich ausdehnen. Je mehr der Großbesitz verschwinden wird, umso weniger einheimisches Getreide wird der Industrie zu Gebote stehen, umso mehr werden wir von fremder Einfuhr abhängen. Das kümmert die Industrie nicht, solange der Handel frei für Einfuhr sorgt, und andre Länder genügend Korn zum Kaufe bieten. Sobald der Ackerbau, um sein Korn besser zu verwerten, den freien Handel mit einem Einfuhrzoll beschränken will, heißt es in der Industrie, er wolle das Brot

verteuern. Nun wird dabei zunächst verschwiegen, daß die Kornpreise auf- und abgehen können, ohne daß sich die Brotpreise des Bäckers ändern; daß wir den Weizen in Berlin einmal mit 260 Mark und ein andermal mit 160 die Tonne notirt sahen, das Weizenbrot des Bäckers aber nur wenig im Preise schwankte, nur bei steigendem Weizenpreise einschrumpfte, ohne sich bei fallenden entsprechend zu dehnen. Das gilt freilich weniger für den Teil der Arbeitermasse, der sein Brot nach Gewicht kauft, aber doch für einen großen Teil der auf den Bäcker angewiesenen Konsumenten.

Das Geschrei über Brotverteuerung aber hat noch einen andern übeln Nebenton. Sobald der Ackerbau über zu geringen Preis seiner Brotrucht klagt und nach Schutz gegen die fremde Konkurrenz verlangt, erhebt sich auf der andern Seite ein Geschrei über den Eigennuß des Junkers, der sich auf Kosten des armen Mannes bereichern wolle. Sein Verlangen wird als ein Attentat gegen das Recht, sogar gegen die Moral dargestellt: das Volk habe ein Recht auf möglichst billiges Brot, jede künstliche Verteuerung sei ein Raub, am armen Manne begangen, ein Verbrechen gegen die Volkswohlfahrt, ein unsittliches Beginnen. Nun, man denkt dabei wohl weniger an den armen Mann als an den Arbeiter, der bei verteuertem Brot geneigt sein könnte, höhern Lohn zu fordern. Es handelt sich im Grunde nicht so sehr um billiges Brot, als um billige Arbeit für die Industriebesitzer, um jenen Pfennig, der aus der Tasche des Industriebesitzers durch die Hand des Arbeiters in die Tasche des Gutsherrn spazieren könnte. Es ist einfach Vorteil gegen Vorteil oder, wenn man will, Eigennuß gegen Eigennuß; und um seinen Eigennuß zu verdecken, schiebt man den armen Mann vor und redet von Humanität, Patriotismus u. dergl. Der Landarbeiter empfindet die Verteuerung des Brotes, soweit er Tagelöhner ist, auch, aber er streift nicht; der Fabrikarbeiter streift, wenn es die Umstände gebieten oder erlauben, und fordert den auf das Brot verlorenen Pfennig von seinem Brotherrn zurück. Deshalb Fluch und Schande dem Gutsherrn, der durch Hilfe des Staats bessere Preise für seine Brotrucht zu erlangen sucht!

Was ist nun dieses Verbrechen des Landmannes? Worin liegt das Unmoralische, Volksfeindliche seines Begehrens? Ist denn Brot nicht etwa eine Ware wie eine andre auch? Und der Landmann macht ja kein Brot, sondern der Bäcker. Warum hält sich denn der moderne Volksvormund nicht an den? Möge er doch die Brottage wieder fordern, die oft recht wohl angebracht wäre. Der Bäcker, der Müller kann weit eher als der Ackerbauer das Brot willkürlich und ohne alle staatliche Hilfe verteuern; möge man solcher Willkür Schranken ziehen, wenn es nötig wird. Die Willkür des Bäckers wird nicht für unsittlich gehalten, noch die des Müllers oder Händlers; nur wenn der Ackerbauer den Staat zu Hilfe ruft, dann ist's schändlicher junkerlicher Eigennuß.

Brot und Brotkorn haben für das Volksleben ohne Zweifel eine andre Bedeutung als Streichhölzer, Uhren oder auch Eisenbahnen. Sie sind das erste, wichtigste Lebensbedürfnis des Volkes; der Staat hat dafür zu sorgen, daß sie dem Volke niemals fehlen, und daß sie jedermann zugänglich seien. Schon dieser Umstand deutet auf eine bevorzugte Stellung hin, die dem Erzeuger dieses notwendigsten Lebensmittels im Volksleben gebührt. Aber auch abgesehen davon ist der Ackerbau ein Gewerbe wie ein andres und hat Anspruch darauf, für seine Interessen gleichen Schutz wie die andern zu genießen. Nun spricht man immer von dem Streben nach Brotverteuerung durch den Ackerbauer, während es sich doch nur um bessere Verwertung, bessere Preise für das Korn handelt. Das Korn ist für den Ackerbauer ebenso Erzeugnis seiner Arbeit, gefertigte Ware, wie die Eisenstange für den Hüttenbesitzer, das Garn für den Spinner. Hat man jemals vom Hüttenbesitzer verlangt, daß er auf Erhöhung der Eisenpreise durch staatliche Maßnahmen aus Rücksicht auf den armen Mann verzichte, dessen Gabel, Spaten, Kochkessel dadurch verteuert werde? Hat man es je dem Spinner zum Attentat auf das Volkswohl und Volksrecht angerechnet, daß er den Preis seines Garns durch Schutzzölle zu erhöhen strebte? Und doch bedarf der arme und der reiche Mann fast gleich sehr des Rockes und des Kochkessels wie des Brotes. Hat der Landmann eine moralische Verpflichtung mehr als andre Gewerbetreibende, für das Wohl des Volkes zu sorgen? Ist der Charakter seiner Ware, im privaten Sinne, ein anderer als der anderer Gewerbetreibenden? Wenn Korn in der That für das Volksleben einen andern Charakter hat als Eisen und Baumwolle, so hat es ihn doch nur von dem Gesichtspunkte der Volkswirtschaft, des Staates, aber nicht von dem des Erzeugers, des Ackerbauers. Dieser denkt gar nicht daran, wie das Brot, in das sich sein Korn verwandeln soll, in den Mund des Essers gelangen wird, und soll nicht daran denken. Er sucht die Frucht seiner Arbeit so lohnend als möglich zu verwerten und soll darnach suchen. Man führt Eisenzölle und Textilzölle und Zölle zum Schutz von Erzeugnissen ein, die kaum entbehrlicher sind als Brot, ohne die der arme Mann nicht oder kaum menschlich leben kann, und verliert kein Wort über die Verteuerung: der Kornzoll aber ruft die ganze Pharisäerentrüstung gegen Junker und Großbesitzer hervor, die sich unerlaubter, schändlicher Weise auf fremde Kosten bereichern wollen. Wo ist da eine Gerechtigkeit? Auch wenn die Kornzölle das Brot verteuert hätten, was sie nicht gethan haben, auch wenn Maßregeln wirksamerer Art demnächst ergriffen würden, um die Kornpreise auf einer gewissen Höhe zu halten, man wende sich doch mit seinem Zorn an die rechte Adresse. Dem Landmann geschähe nur sein Recht, wenn man sein Gewerbe vor übermäßiger Konkurrenz schützte wie andre Gewerbe; ihm geschähe nur sein Recht, wenn man es weit stärker als andre Gewerbe stützte, eben weil es das wichtigste Gewerbe ist. Wird dadurch das Brot künstlich verteuert, nun so mag man es doch künst-

lich wieder verbilligen, indem man den Lohn des armen Mannes in der Industrie erhöht, oder auch indem man Müllerei und Bäckerei in den Stand setzt, billiger zu arbeiten als bisher, oder auch indem man zugleich Brottagen und Mehltagen einführt. Aber man sucht lieber dem Landmann den Hals zuzuschneiden, damit — der Fabrikarbeiter nicht schreie; dieses Schreien könnte dem Fabrikherrn den Pfennig Lohnerhöhung kosten, um den das Brot gestiegen ist.

Auf welcher Seite ist da der krasse Eigennutz, die verwerfliche Sucht, sich zu bereichern? Was ist da der „arme Mann“ anders als der Tölpel, hinter dem man sich verstecken will? Der Tölpel läßt sich leicht genug gegen das „Sunkertum“ oder gelegentlich auch gegen die Regierung verwenden. Eben sehen wir das in Paris, wo die Brotpreise seit Mitte August plötzlich und schnell gestiegen sind. Sie waren seit Jahren niedrig, der industrielle Brotherr hatte sich darnach eingerichtet mit seinen Löhnen, und der Arbeiter auch. Aber der Landmann verdarb dabei, und die Regierung setzte deshalb hohe Kornzölle durch. Kaum sind sie eingeführt, so kommt ein Mißjahr, und die Kornpreise steigen im Auslande und dann auch im Inlande. Nun soll dem Landmann seine Entschädigung werden. Aber das ist nicht die Meinung derer, die voraussehen, daß nun mit den Brotpreisen auch die Arbeitslöhne steigen, und sie diese Erhöhung bezahlen müssen. „Fort mit den Kornzöllen!“ heißt es vor allem, und gegen diese, gegen die Regierung wird der Tölpel gehehrt. Dabei übernimmt wieder der Handel, der durch die Kornzölle große Verluste erlitten hatte, die Führung; denn ihm winkt zu allererst der Gewinn von der Aufhebung der Kornzölle. Je weniger im Inlande erzeugt wird, um so größer die Einfuhr von außen, je billiger das fremde Korn, um so leichter die Einfuhr, die Konkurrenz mit dem inländischen Erzeuger. Der Handel mit fremdem Korn hat eben ein deutliches und unmittelbares Interesse daran, daß im Inlande möglichst wenig Getreide erzeugt werde, er ist der natürliche Feind des heimischen Kornbaues. Hinter ihm aber steht, zwar nicht notwendig oder bedingungslos, aber doch leicht durch die Not des Augenblicks bedrängt, die Industrie. Es ist so einfach: kommt der Tölpel daher und fordert höhern Lohn bei dem teuren Brot, dann sagt man ihm, an dem teuren Brot seien Gutsbesitzer und Regierung mit ihren Kornzöllen schuld, gegen die möge er vorgehen. Denn wie könne der Fabrikherr, die Aktiengesellschaft höhern Lohn zahlen bei den schlechten Preisen für die Fabrikate? Sie müßten zu Grunde gehen, wenn sie das thäten, und der Arbeiter werde dann mit ruiniert sein. Das leuchtet dem Tölpel ein, und er läßt sich vorwärts schieben, bis der Staat für gefährdet erklärt und der Kornzoll abgeschafft wird. Die Regierung einschüchtern, den Staat bedrohen, das bringt ja der Landmann mit seinen Ackerknechten nicht so leicht fertig.

Die Führung in diesem Kampfe um die Kornpreise hat bei uns und

auch anderwärts vorzugsweise der Handel übernommen, und zwar der Großhandel, der Einfuhrhandel. Ihn trifft der Kornzoll zunächst, indem er seine Korneinfuhr verteuert und also seinen Handelsgewinn herabsetzt. Erst in zweiter Linie wird die Industrie getroffen, soweit eine Verteuernng des eingeführten Kornes auf dem Lokalmarkt die Folge ist. Dem Handel kommt es noch weniger als der Industrie auf volkswirtschaftliche Spekulation oder gar sittliche Erwägungen an: er wird bloß durch die kaufmännische Spekulation, durch den Gewinn bestimmt, durch reinen und berechtigten Eigennuß. Es fragt sich, ob der Staat dem Eigennuß des Händlers ein größeres Gewicht beilegen soll als dem des Ackerbauers. Und hier sollte es doch wohl noch klarer sein als bei der Industrie, auf welcher Seite das Volkswohl, der Staat das größere Interesse zu vertreten hat. Man kann unmöglich zweifeln, ob wir den Außenhandel mit Getreide oder den heimischen Getreidebau am Leben erhalten sollten, wenn einmal die Lebensfrage so gestellt werden müßte. Wenn wir in diesem Streit für die Erhaltung unsers Getreidebaues auf andre Gewerbegruppen Rücksicht zu nehmen haben, so sind es weit weniger unsre Handelskammern als unsre Industriekammern, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben.

Die Industrie hat ein Interesse an billigen Brotpreisen, der Staat hat nur daran ein Interesse, daß der Brotpreis in günstigem Verhältnis stehe zum Arbeitslohn. Für den Staat, für die Volkswirtschaft ist es, wenigstens bei uns, mindestens ebenso wünschenswert, daß die Kornpreise in einer den Erzeugungskosten angemessenen Höhe bleiben, als daß der industrielle Arbeitslohn in den den Erzeugungskosten angemessenen Grenzen bleibe. Denn es ist wünschenswert, daß uns ein großer und starker Stand von Ackerbauern erhalten bleibe, weit wünschenswerter, ja notwendiger, als daß wir Strümpfe nach Amerika oder Handschuhe nach England verkaufen.

Amerika scheint heuer eine gute Weizenernte zu haben. Dennoch stiegen die Weizenpreise gerade in Newyork im August mit großer Eile, offenbar weil man damals eben erfuhr, daß in Europa die Ernte im ganzen dürftig ausfallen werde. So werden die Ackerbaustaaten stets spekuliren, und je weniger wir selbst produziren, um so leichter wird Amerika seine Preise steigern können. Auf unsre Brotpreise haben unsre Kornzölle nie großen Einfluß gehabt; sie verlieren aber jede Bedeutung in solchen Lagen, wie die heurige ist. Amerika macht seine Preise, und wir müssen sie zahlen; auch der „arme Mann“ muß sie zahlen, wenn es nicht sein Brotherr für ihn thut. Aber es kann kommen, daß wir in Europa eine Mißernte unter weit schlimmern Bedingungen erleben, als sie gegenwärtig sind.

Unser Hauptlieferant von Korn ist Rußland. Von dort haben wir aber heuer nichts zu erwarten, ebenso wenig von Ungarn und den Donauländern. Wir rechnen also auf Amerika, Indien und Australien. Nun stelle man sich vor, daß Amerika oder England, oder gar beide, in einen Seekrieg verwickelt

würden. Besten Falles wären wir bloß von Amerika oder bloß von den englischen Kolonien abhängig, vielleicht mit einer Hilfe in Argentinien und Chile. Wie hoch würde man uns dann den Scheffel Weizen bezahlen lassen? Wie würde unsre Industrie reden, wenn die Tonne Weizen auf 300 Mark oder mehr ginge? Brähe gar ein englisch-amerikanischer Krieg aus, so wäre es noch schlimmer mit der Korneinfuhr bestellt.

Wir können aber auch selbst in einen Krieg mit England geraten. Dann wären wir in der Lage, von allem andern abgesehen, bei einer russischen Mißernte erschreckende Zustände zu erleben. Die russischen Mißernten sind nicht so gar selten: seit 1890 ist es jetzt die zweite. In solchen Jahren sind wir völlig von der Friedensliebe Englands oder jeder andern uns überlegnen Flottenmacht abhängig. Und wir werden mit jedem Schritt abhängiger, den wir mit Aufopferung unsers Körnerbaues zum normalen Industriestaat hin weiter thun. Wir hätten, statt auf ein Recht auf billiges Korn zu pochen, weit eher ein Recht, den Landmann künstlich zum vermehrten Körnerbau zu nötigen, etwa indem wir die Zuckerprämien beseitigten, selbst indem wir Tabakbau, Butterausfuhr vernachlässigten. Nur hätten wir dann auch die Pflicht, für lohnenden Absatz der Körner zu sorgen. Wir sind nicht in der Lage Englands, das rücksichtslos seinen Körnerbau zu Grunde gehen läßt im Vertrauen auf eine Flotte, die immer imstande ist, die Kornzufuhr aus der ganzen Welt offen zu halten. Eine Handbewegung Englands kann uns die überseeische Korneinfuhr verbieten; wir sind dann auf den Osten angewiesen. Oder wir können in einen Krieg mit Rußland geraten und auf die Gnade Englands angewiesen werden. Besäßen wir weite ackerbautreibende Gebiete im Osten, bestünde noch ein Königreich Polen oder Litauen oder Livland, das auf den Absatz seines Getreides an uns angewiesen wäre, so wäre die Gefahr nicht groß. Altpreußen, Pommern, Posen genügen nicht, die Korneinfuhr in Schranken zu halten, und werden selbst immer mehr industriell.

Die Kurzsichtigkeit unsrer Volkspolitiker von der Industrie ist erstaunlich, soweit sie sich gegen die Vermehrung unsrer Seemacht stemmen. Ein Krieg mit einer Seemacht selbst wie Spanien würde in einem Jahre wie 1891 oder 1897 unsre Korneinfuhr zur See gefährden und das Brot so verteuern, daß unsre Industrie dem Verhungern nahe wäre. Recht verstanden, hat nächst dem Handel die Industrie das stärkste Interesse an einer starken Flotte. Für deren Stärkung aber finden sich allenfalls konservative Sunker und Polen bereit; das bürgerliche Gewerbe denkt nicht daran, rechtzeitig für den Schutz unsers überseeischen Handels zu sorgen. Es will nichts opfern für die Erhaltung der Kaufkraft unsers heimischen Landmannes; es will auch nicht genügende Opfer bringen für die Sicherung seines eignen Absatzes und seiner eignen Brotquellen jenseits des Wassers. Diese Kurzsichtigkeit wird von unsern Professoren unterstützt, die uns überwiegend den englischen Industriestaat als Ziel der Ent-

wicklung, als zu erstrebendes Muster vorhalten. Nach „fachmännischer Anschauung“ haben „die Getreidezölle die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft aufgehalten, den bereits 1879 zeitgemäßen Übergang vom Körnerbau zu andern Betriebsweisen um ein Jahrzehnt verzögert“ (Loß, i. S. 1892). Zeitgemäß also wäre es, wenn unsre Landwirtschaft aufhörte, Korn zu bauen, und uns statt dessen mit Gemüse, Fleisch, Tabak, kurz mit Dingen versorgte, die für wohlhabende Leute zwar eine Sache des Bedürfnisses sind, niemals aber die Ernährung des Volkes sichern können, ja auch niemals in ihrem Nährwert gleich billig wie das Brotkorn hergestellt werden können. Und wenn man sich vorstellt, daß diese Billigkeit durch die Konkurrenz erzwungen werden könnte, dann wäre unsre Landwirtschaft erst recht ruiniert. Wer würde denn allen Kohl essen, allen Branntwein trinken, allen Tabak rauchen, die der deutsche Ackerbau liefern müßte, wenn er sich nach diesem agraren Ideal umgewandelt hätte? Es ist wieder ein echtes Produkt unsrer alten Stubengelahrtheit, diese Verwandlung des Kornbaues in industriellen Ackerbau und Gartenbau zu predigen, die vielleicht die unheilvolle Folge der Not, nie aber ein erwünschtes Ziel der Volkswirtschaft sein kann.

Ich verkenne gewiß nicht, daß es unmöglich ist, die Tonne Weizen bei uns künstlich auf 250 Mark zu halten, während sich der Preis auf dem Weltmarkt dauernd Jahre und Jahrzehnte lang unter 200 Mark festsetzt. Aber man kann sich bemühen, daß sich der Ackerbau durch Schutz langsam an die niedern Preise gewöhne, und man kann dabei abwarten, ob sich denn wirklich die niedern Preise auch als dauernd erweisen werden. Es ist möglich, daß wir in einer vorübergehenden Periode des Kornüberflusses sind. In Indien beginnt das Volk Weizen statt Reis zu essen; Amerika bevölkert sich immer mehr; die Weizenflächen mit extensiver Steppenwirtschaft, die hauptsächlich die Mörder der intensiven und teuern Wirtschaft Europas sind, werden den Raubbau nicht in alle Ewigkeit ertragen. Wenn die Ebenen Rußlands, Ungarns, Amerikas nicht mehr ohne Dung Weizen werden wachsen lassen, wird seine Erzeugung dort so teuer werden, daß unsre Acker wohl die Konkurrenz wieder aufnehmen können. Die Volksvermehrung in jenen Ländern vermindert allmählich die Ausfuhr der Körner. Kurz, es können auch einmal wieder dauernd höhere Preise auf den Weltmarkt gelangen, und wir haben auch von diesem Gesichtspunkt aus ein Interesse, die zahlreiche Klasse unsrer Kornbauer nicht einer vielleicht nur kurzen Konjunktur niedriger Preise zu opfern.

Vor allem aber sollte man sich bei uns darüber klar werden, wohin wir gehen. Wenn wir uns nun einmal weiter zum Industrievolk auswachsen sollen, so sollten wir es mit der weit voraussehenden Politik Englands thun, das sich seit Jahrhunderten überall in der Welt seine festen Burgen zum Schutz seiner Ausfuhr erbaut hat, die es durch eine gewaltige Flotte unterstützt. Wir thun heute, als ob wir ein Belgien wären, das klein genug ist,

feinen Absatz ohne Erweckung des Neides in aller Stille hinter den Kaufahrern aller Völker her zu finden. Wir können nicht groß werden auf dem Weltmarkt und dabei darauf rechnen, geduldet und unbeachtet zu bleiben wie Belgien oder die Niederlande. Wir müssen ein ebenbürtiger Konkurrent Englands werden, oder wir thun wohl, die Konkurrenz beizeiten aufzugeben, wenn wir nur darauf aus sind, unsre industriellen Pfahlbauten überall hin vorzuschieben, ohne uns um die Sicherung der stützenden Pfähle zu kümmern. Selbst auf die offenen Drohungen Englands, diese Pfähle gelegentlich umzuwerfen, geben wir kaum acht. Wir denken uns noch immer still durchzudrücken, wie wir es bis 1870 gethan haben.

Als im vorigen Herbst die Engländer durch den Glückwunsch des Kaisers an den Präsidenten von Transvaal in Aufregung gerieten, las man in englischen Blättern die Drohung, man werde bei einem Zusammenstoß mit Deutschland mit der deutschen Handelsflotte kurzen Prozeß machen. Das war keine leere Drohung, sondern entspricht den wirklichen Machtverhältnissen. Wenn es zwischen uns und den Engländern zu einem Kriege käme, so würde unsre Handelsflotte sehr wahrscheinlich in ein paar Wochen von allen Meeren weggefegt werden. Davor könnte uns die Hilfe keiner einzelnen Macht der Welt retten, und es bedürfte schon eines Kriegsbundes mit Rußland, Frankreich und den Vereinigten Staaten, um das englische Übergewicht zur See einigermaßen auszugleichen. Auch dürfen wir uns nicht der Täuschung hingeben, als ob die englische Friedensliebe stark genug wäre, einen Krieg mit uns zu vermeiden, solange wir selbst den Kampf nicht durch unser staatliches Verhalten herausfordern. Die Friedensliebe Englands reicht gerade so weit, als seine Handelsinteressen und seine kolonialen Interessen gesichert sind; sobald diese gefährdet würden durch eine Konkurrenz, die den englischen Handel wesentlich und dauernd herabzudrücken drohte, sobald etwa die englische Handelsstatistik nachwies, daß der Handelsumsatz zehn oder zwanzig Prozent zu Gunsten des deutschen Handels verloren habe, wäre es mit der englischen Friedensliebe sicher vorbei, und man würde dort die erste gute Gelegenheit ergreifen, um jene Drohungen an unsrer Handelsflotte und unsern Handelsverbindungen wahr zu machen. Wir sind hierin einfach von dem guten Willen Englands abhängig, wofür die kurze Geschichte unsrer kolonialen Unternehmungen so manche Beweise giebt. Soviel man uns in London überlassen zu dürfen glaubte, ohne die eignen kolonialen Zukunftspläne zu gefährden, soviel und nicht mehr haben wir in Afrika, in Neuguinea, in der Südsee bekommen, soviel und nicht mehr werden wir davon behalten, wenn England einmal zu der Ansicht gelangen sollte, daß es uns zu viel eingeräumt habe und es ihm vorteilhaft wäre, unter günstigen Umständen uns das oder jenes wieder abzunehmen. Ebenso haben wir für unsern Handel über See nichts von England zu fürchten, solange man uns drüben nachrechnet, daß unsre überseeische Ausfuhr sechs oder

sieben Prozent der englischen im Werte ausmacht. Aber der seit etwa zwanzig Jahren bemerkbare Aufschwung unsrer Industrie und des Absatzes ihrer Erzeugnisse nach andern Weltteilen hat schon die Eifersucht unsrer Wetttern so weit erregt, daß ihr Zorn bei passender und auch bei unpassender Gelegenheit durchzubrechen begonnen hat. Wenn wir wünschen und hoffen, auf dem eingeschlagenen Wege der industriellen und merkantilen Entwicklung weiter zu gehen, so müssen wir uns darauf gefaßt machen, diese Eifersucht sich parallel steigern zu sehen, und wir können ziemlich gewiß sein, bei einem Kriege mit einer europäischen Großmacht England nicht mehr grollend und unthätig wie 1870, sondern uns feindselig gegenüber zu sehen. So weit entfernt wir heute vielleicht von einem solchen Kriege sein mögen, so verhängnisvoll wäre es, wenn wir einmal unvorbereitet von ihm überrascht würden.

Schon die wachsende Mißstimmung Englands gegen uns treibt uns allmählich in die Arme Rußlands, wie es die Feindschaft Frankreichs gethan hat. Offner Bruch würde uns vollends zur Unterwerfung unter russischen Willen nötigen, und zwar umso mehr, je abhängiger wir von der russischen Korneinfuhr wären. Das mangelnde eigne Brot macht uns von Rußland, die mangelnde Flottenmacht von England abhängig. Wie beugen wir dieser doppelten Gefahr vor?


Nicht indem wir unsern Ackerbauern raten, Gemüse zu bauen, sondern indem wir die Erhaltung, die Mehrung des Kornbaues selbst mit großen Opfern fördern, emanzipiren wir uns von Rußland. Sonst müßten wir in unserm Osten politisch und wirtschaftlich abhängige Gebiete zu erwerben streben, das heißt wir müßten uns mit den Waffen in der Hand gegen Rußland Luft schaffen. Wollen wir das nicht, nun so sollten wir unsern heimischen Kornbau sorgfältigst pflegen und fördern. Ferner aber sollten wir beizeiten unsre überseeische Zufuhr und Ausfuhr zu schützen suchen durch Mehrung der Flotte.

So viele Differenzpunkte wir mit unsern festländischen Nachbarn, besonders in Ost und West, haben mögen, in einem Punkte decken sich unsre Interessen: in der gemeinsamen Bedrohung durch die englische Übermacht zur See. Hier das Gleichgewicht wenigstens einigermaßen wieder herzustellen, das längst als ausschlaggebend in der kontinentalen Politik zur Geltung gelangt wäre, wenn man sich nicht mit der Blindheit von Kampfhähnen in Fragen von weit geringerer Bedeutung verbissen hätte — wo gäbe es eine Aufgabe, eine Frage von größerer Tragweite für die Staaten unsers Kontinents? Selbst das Wachsen des slawischen Kolosses hat nicht die allgemeine Bedeutung für Westeuropa, denn im Notfall ist der Kolos für uns erreichbar. England ist unangreifbar, so scheint es fast, und allein zur See gebietend. Während wir uns um Kreta, um die türkische Zukunft, um die Herrschaft dieser oder jener Sprache in Böhmen, Ungarn, Polen, den Ostseeprovinzen, Serbien usw. balgen,

macht England das Weltmeer allmählich zu einem englischen See und wird Gebieter der Zugänge zu den andern Weltteilen. Der Versuch, das englische Kolonialreich wirtschaftlich eng zusammenzuschließen, ist zwar fürs erste mißlungen. Aber es war der erste Versuch, es werden ohne Zweifel andre folgen, und je stärker die fremde industrielle Konkurrenz sich entwickeln und auf England drücken wird, um so größere Opfer wird England der Durchführung dieses Planes bringen. England und seine Kolonien bilden ein Wirtschaftsgebiet, das sich selbst wohl genügen könnte. Einmal abgeschlossen, könnte es ohne einen Kanonenschuß den Handel Westeuropas lähmen. In Nordamerika wächst ebenfalls die Neigung, sich gegen Europa wirtschaftlich abzuschließen, sich wenigstens von seiner Industrie unabhängig zu machen. Wie können wir unter solchen Umständen ruhig daran gehen, unser gesamtes Volksleben völlig einer auf die Ausfuhr angewiesenen Industrie anzuvertrauen? Während alle die großen Absatzgebiete, auf die sich unsre Ausfuhr gründet, das Bestreben zeigen, unsre Ausfuhr zu beschränken, sogar zu bedrohen, soll unsre Volkswirtschaft gänzlich auf diese Ausfuhr angewiesen werden unter Darangabe selbst der Sicherheit für die Brotnahrung. Das wäre Leichtsinns zu nennen.



## Zur Lage der Lehrer an den höhern Schulen Preußens

n diesem Frühjahr sind bei der allgemeinen Gehaltserhöhung in Preußen auch die Gehalte der Oberlehrer aufgebessert worden. Von dieser Aufbesserung hat aber nur eine glückliche Minderheit Vorteil gehabt, nämlich nur die Lehrer an den staatlichen Anstalten. Es sind das ungefähr 2200. Die an den nichtstaatlichen Anstalten unterrichtenden 3650 Oberlehrer sind in diese Gehaltserhöhung nicht mit einbegriffen. Zwar sind einzelne Städte von guter Finanzlage dem Beispiel des Staates gefolgt und haben auch ihren Oberlehrern vom 1. April dieses Jahres denselben Gehalt bewilligt, aber ihre Zahl ist doch so gering, daß sie hier nicht in Frage kommen können.

Es hat nun unter den Lehrern der städtischen höhern Schulen eine gewisse Unruhe Platz gegriffen, denn sie sehen die Kluft der Gehaltsverhältnisse zwischen den Lehrern an den staatlichen und denen an den städtischen Anstalten sich immer mehr erweitern. Haben sie doch schon bei den frühern Gehaltserhöhungen, bei der Frage des Wohnungsgeldzuschusses und der Hinterlassenenversorgung jahrelang hinter ihren königlichen Amtsgenossen zurückstehen müssen;